

# DIE ECHTE Perspektive

Wahlprogramm NRW 2017

[www.freiwahler nrw.de](http://www.freiwahler nrw.de)  
[www.nrw-wahl-2017.de](http://www.nrw-wahl-2017.de)



**FREIE WAHLER**

**NRW\***

**\*CLEVER · SPONTAN · UNABHÄNGIG**

# DIE ECHETE Perspektive Wahlprogramm NRW 2017

**Wir stehen in der Mitte, da wo die politischen  
Debatten hingehören!**

**Wir FREIE WÄHLER wollen 2017 in den Landtag!**

Bei der Landtagswahl 2012 wurde die rot-grüne Landesregierung gewählt. Ihre **Politik der Ungleichbehandlung der Menschen** in NRW hat viele Wählerinnen und Wähler massiv enttäuscht.

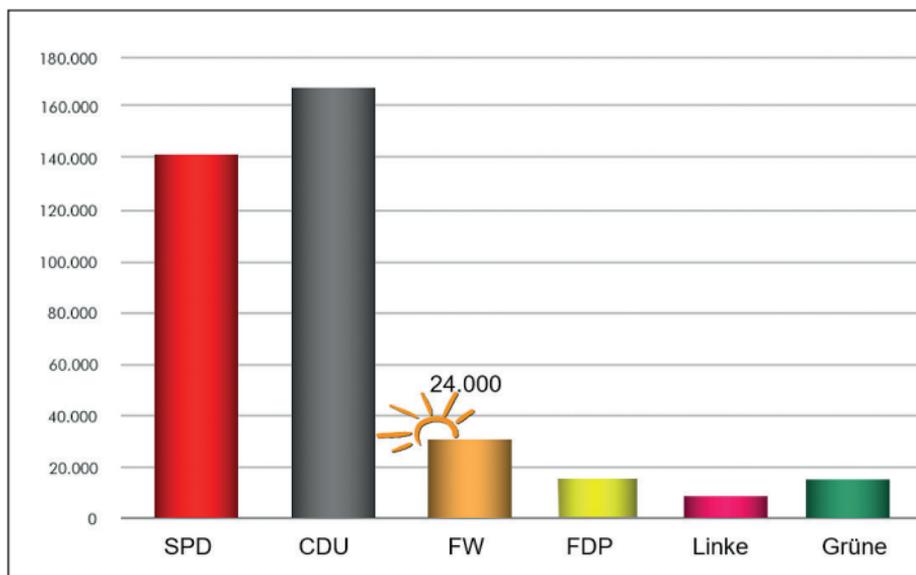
Diese Landesregierung hat es nicht vermocht, den Kurs in Nordrhein-Westfalen zu ändern und zu stabilisieren.

Noch immer werden die kommunale Ebene, Polizei, Justiz, Infrastruktur und Bildung auf Verschleiß gefahren. Die Zukunftsfähigkeit des Landes steht auf dem Spiel. Noch eine Wahlperiode mit einer solchen Regierungspolitik wird dazu führen, dass kommende Generationen ein nicht mehr überlebensfähiges Bundesland übergeben bekommen. Hinzu kommt die massive Überforderung der Landesregierung mit der Flüchtlingspolitik, diese führt zu Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. Rechte und linke Extremisten haben Zulauf.

Der Rechtspopulismus hat Konjunktur. Die Diskussionen über die Zukunft der Gesellschaft werden an den politischen Rändern geführt und nicht in der Mitte der Gesellschaft, wo solche Debatten hingehören.

Wir **FREIE WÄHLER** sind in Nordrhein-Westfalen die politische Kraft aus der Mitte der Gesellschaft und haben die Fähigkeit, einen Kurswechsel im Landtag einzuleiten.

Die **FREIEN WÄHLER** sind bereits in der zweiten Wahlperiode im bayerischen Landtag vertreten, ebenso erstmals im brandenburgischen Landtag. Sie stellen eine Europaabgeordnete und etablieren sich zunehmend auch in Nordrhein-Westfalen.



In vielen Kreistagen und vor allem in vielen Stadt- und Gemeinderäten sind die **FREIEN WÄHLER** vom Bürgermeister bis zum sachkundigen Bürger vertreten.

Mit mehr als **24.000 Mitgliedern** auf Kommunalebene stellen die **FREIEN WÄHLER** in Nordrhein-Westfalen die drittstärkste Kraft.



**Wählen Sie uns in den Landtag –  
ermöglichen Sie uns die Regierungsbeteiligung.**

# Unser 10-Punkte Programm in der Übersicht:

1

## Sicherheit für alle!

Investitionen in Polizei und Justiz; rechtsfreie Räume und Parallelgesellschaften werden nicht zugelassen; sofortige Abschiebung kriminell straffällig gewordener Ausländer.

2

## Kontrollierte Zuwanderung und Integration!

Orientierung an der Leistungsfähigkeit der Kommunen und Übernahme aller Kosten durch Bund und Land.

3

## Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur - umlagenfinanzierter freier ÖPNV

Bereits in einigen Kommunen in Deutschland ist der ÖPNV für den Benutzer kostenlos, im europäischen Ausland wesentlich häufiger.

4

## Keine Schulexperimente - verlässliche Schule für unsere Kinder!

Erhalt und Schaffung eines differenzierten und ortsnahe Schulsystems, das den Neigungen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen Rechnung trägt; Inklusion, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert und für die Land und Bund die Kosten voll übernehmen.

5

## Investitionsprogramm zur Modernisierung der kommunalen Einrichtungen:

Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Schwimmbäder und Kultureinrichtungen sind Bestandteil einer guten Lebensqualität in den Städten und Gemeinden.

**6**

### **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum landesweit**

Hier muss der Staat in Zukunft vor allem mehr finanzielle Anreize für Investoren schaffen.

**7**

### **Wohnortnahe Pflege und Gesundheitsversorgung sichern!**

Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden, damit kein weiteres Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land entsteht.

**8**

### **Umwelt- und Tierschutzstärken!**

Tiere sind Lebewesen, die das Recht auf ein artgerechtes Leben ohne Zufügung von Leiden, Schmerzen, Schäden und unnötigen Beeinträchtigungen haben.

**9**

### **Umweltverträgliche und nachhaltige Energiekonzepte**

Eine effiziente und für alle bezahlbare Versorgung durch erneuerbare Energien sind Zukunftsaufgaben. Windkraftstandorte gehören auf den Prüfstand.

**10**

### **Kommunale Finanzen/ Reform der Finanzkontrolle**

Die FREIE WÄHLER haben in ganz Deutschland in vielen Gemeinden, Kreisen und Städten den sparsamen und überlegten Umgang mit öffentlichen Geldern praktisch bewiesen. Wir FREIE WÄHLER wollen im Landtag dafür sorgen, den einzelnen Städten und Gemeinden wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume zu verschaffen und eine neue Ehrlichkeit in die Haushaltspolitik einzubringen.

# Demokratie und Heimat

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir **FREIE WÄHLER** stehen daher für den massiven Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Wir sind überzeugt, dass mehr direkte Demokratie zu besseren politischen Entscheidungen und zu einer nachhaltigen Reduzierung der Politikverdrossenheit in Nordrhein-Westfalen führt.

Wir **FREIEWÄHLER** stehen für:

- Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide beseitigen
- Direktwahl des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen

Wir **FREIE WÄHLER** glauben, dass es für das Gemeinwesen und die Demokratie unerlässlich ist, dass sich Menschen mit den dezentralen Strukturen identifizieren können. Schafft man immer größere Einheiten, findet eine Entfremdung der Menschen mit diesen Einheiten statt.

Gerade in Zeiten der Globalisierung muss die Heimatverbundenheit sichtbar bleiben.

# Sicherheit für alle - Polizei und Justiz



Wir **FREIE WÄHLER** sehen Sicherheit und Freiheit als Grundbedürfnisse aller Menschen an - und damit als erklärtes Ziel des staatlichen Handelns. Um dies ermöglichen zu können, braucht es gut ausgestattete Sicherheitskräfte. Sie garantieren dem Staat und seinen Bürgern Schutz. Für diesen Einsatz wollen wir unseren Sicherheitskräften eine ausreichende Personalausstattung, leistungsbezogene Bezahlung, gute Aufstiegsmöglichkeiten, ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen sowie eine optimale Sachmittelausrüstung auf dem neuesten Stand der Technik

gewährleisten.

Menschen, die sich zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land in ihrem Beruf selbst besonderen Gefährdungen aussetzen, wie Polizisten, Feuerwehrleute oder Rettungskräfte, verdienen unseren besonderen Schutz. Dafür müssen gegebenenfalls Strafvorschriften verschärft werden und die Betroffenen vor Gericht mehr Unterstützung finden.

Gerade die Polizeipräsenz im ländlichen Raum hat in den letzten Jahren durch die Massierung der Kräfte in Großstädten abgenommen. Das Sicherheitsgefühl der Bürger hat darunter stark gelitten. Wir wollen diesen Trend umkehren.

Wir wollen Polizeipräsenz in der Breite des gesamten Landes sicherstellen.

# Sicherheit für alle - Justiz

Wir **FREIE WÄHLER** setzen uns für die Stärkung der Justiz in NRW ein. Wir erachten das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit der Justiz als eines der wichtigsten Güter in unserem Rechtsstaat. Sie gilt es unbedingt zu erhalten. Dies kann aber nur gelingen, wenn der Justiz in Nordrhein-Westfalen wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- zusätzliche Richter- und Staatsanwaltsstellen in Nordrhein-Westfalen statt Einsparungen
- eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten.
- eine bessere Ausrüstung der Justizangestellten
- keine Einmischung in Richterbesetzungsfragen durch die Landesregierung
- keine Toleranz gegenüber der sogenannte Reichsbürgerbewegung, die Justiz und Behörden blockiert. Zusätzliche Präventionsprojekte schaffen, um Expansion der Verschwörungstheorien zu stoppen

# Sicherheit für alle - Polizei

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- zusätzliche Polizeistellen in Nordrhein-Westfalen statt Einsparungen
- keinen weiteren Abbau von Polizeidienststellen im ländlichen Raum
- eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten
- konsequente Aufklärung gegenüber Bürgerwehren
- Videokameras ersetzen keinen Streifenpolizisten vor Ort, es braucht mehr Polizeipräsenz
- eine bessere Ausrüstung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf
- Einführung von Body-Cams (inkl. Sprachaufnahme), um Gewalt gegen Polizisten wirksamer verfolgen zu können
- ausschließlich eine anonymisierte Kennzeichnung von Polizisten bei Großeinsätzen, so dass das Privatleben der Polizisten nicht gefährdet wird
- härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger
- länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen verbessern und intensivieren
- Beteiligung von Profi-Fußballvereinen an den Kosten von Polizeieinsätzen bei Fußballspielen
- Vermummung bei Demonstrationen soll wieder als Straftat verfolgt werden
- Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten zur Bekämpfung von Online-Kriminalität
- keine Toleranz für politischen und religiösen Extremismus. Stärkung der Polizeikommissariate im Bereich politisch motivierter Straftaten, sowie Finanzierung von Präventionsprojekten

# Kontrollierte Zuwanderung und Integration



## Geflüchtete Menschen

Die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik der schwarz-roten Bundesregierung sowie der rot-grünen Landesregierung ist gescheitert. Die aktuelle Politik wird weder den Geflüchteten noch der Bevölkerung gerecht. Sie ist von einer Kultur des politisch gewollten Rechtsbruches geprägt, die Recht und Ordnung in Frage stellt.

Vorschriften und Regeln werden durch die Politik zunehmend gedehnt oder ignoriert. Gleichzeitig zeigt man sich verwundert, wenn sich geflüchtete Menschen auch nicht mehr an die

Regeln in unserem Land halten.

Die Bundesregierung lässt Kreise, Städte und Gemeinden die Fehler ihrer Außen-, Entwicklungshilfe- und Europapolitik ausbügeln. Es bedarf einer klaren Umorientierung in diesen Politikfeldern sowie einer sofortigen stärkeren Unterstützung der Städte und Gemeinden. Außerdem muss sofort und ausnahmslos zu geltendem Recht zurückgekehrt werden.

Gerade in einer Krise muss ein Staat beweisen, dass er zu Recht und Ordnung steht.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- die konsequente Anwendung des geltenden Asylrechts. Sonderwege wie der Winter-Abschiebestopp sind nicht zu akzeptieren - rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen schnell in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden, damit Kapazitäten für anerkannte Asylbewerber nicht blockiert werden
- in die Unterkünfte und Wohnungen der Städte und Gemeinden sollen nur anerkannte Asylbewerber einziehen - Asyl-Verfahrensdauern sind zu beschleunigen
- ein flächendeckendes und verpflichtendes Angebot (in allen Kreisen und kreisfreien Städten) an Sprachkursen und Staatsbürgerkunde für alle geflüchteten Menschen
- Einführung einer Flüchtlingskarte, um das Sachleistungsprinzip gegenüber dem Geldleistungsprinzip zu stärken
- Standards für Gemeinschaftsunterkünfte sind zwischen den Bundesländern zu harmonisieren
- flächendeckend eine reale Wohnfläche von mindestens 8 m<sup>2</sup> p.P.
- eine vollständige Übernahme der finanziellen Verantwortung für die Dauer der Asylverfahren durch den Bund, da er die vollständige, sowie auch die rechtliche und organisatorische Verantwortung für die Ausgestaltung der Asylverfahren trägt
- die Einstellung von ausreichendem Personal im zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), um die Dauer von Asylverfahren zu verkürzen und die Abschaffung der sogenannten Nachrangigkeitsprüfung
- geeignete Rahmenbedingungen zur Bildung und Betreuung junger geflüchteter Menschen. Dazu sind Schulen personell und finanziell besser auszustatten, damit vor Ort der Bedarf an Plätzen in Übergangsklassen sowie der Bedarf auch an bspw. Dolmetschern, Sozialpädagogen und Deutschlehrern sichergestellt werden kann

# Ausbau und Modernisierung Infrastruktur



Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft und wesentlicher Bestandteil für unsere Wohlstandssicherung.

Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft unerlässlich. Der chronisch unterfinanzierte Verkehrshaushalt muss besser ausgestattet werden. Um die Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan tatsächlich realisieren zu können, müssen genügend Planer rekrutiert und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Unsere Mobilität ist im Wandel. Klimaschutz und neue Bedarfsentwicklungen für individuelle Mobilität, vor

allem in Ballungszentren, erfordern eine nachhaltige Finanzierbarkeit und eine zunehmende Ökologisierung des Verkehrs. Verbrauchersarme Fahrzeuge bis hin zur Elektromobilität sind die Zukunft.

## Rettungsschirme für unsere Straßen und Brücken

Ob in der Stadt oder auf dem Land, auf Autobahnen, Landstraßen oder Gemeindestraßen - überall das gleiche Bild: Schlaglöcher und notdürftig geflickte Risse. Hinzu kommen verfallende Brücken. Jahrelang wurde der Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt. Nur ein prominentes Beispiel ist die Leverkusener Brücke. Längst überfällige Investitionen und Planungen wurden verschoben und es wurde von der Substanz gelebt. Das rächt sich jetzt: viele Straßen und Brücken in Nordrhein-Westfalen müssen dringend saniert werden – zu hohen Kosten!

Wir fordern einen Instandhaltungs-Rettungsschirm für unsere Straßen. Denn wenn wir künftigen Generationen eine derart veraltete Infrastruktur hinterlassen, entziehen wir ihnen die Grundlage, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Es fehlt eine Verstärkung der Finanzmittel für den Bestandserhalt und Nachholbedarf bei Bundesstraßen, Landstraßen, Brücken und Tunnelbauwerken, sowie einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel. Dazu sollen zweckgebundene Infrastrukturfonds geschaffen werden. Für den Erhalt von Straßen und Brücken muss, haushaltsunabhängig, auf Bundes- und Landesebene ein jährlicher Festbetrag bereitgestellt werden.

Neben der Zurverfügungstellung der finanziellen Mittel ist die Planung durch Auslagerung in private Büros zu beschleunigen. Die bisherigen Planbehörden sind bereits heute mit der Abwicklung überfordert und sollten wieder regional und mit Ortskenntnis aktiv sein.

## Umlagenfinanzierter ÖPNV

Auf der Basis des 2015 veröffentlichten Gutachten der Enquete-Kommission ÖPNV, das die Machbarkeit bestätigt, setzen sich die **FREIEN WÄHLER** für eine Flatrate im ÖPNV ein.

Der gesamte ÖPNV wird bereits massiv aus öffentlichen Haushalten bezuschusst. Lt. einer Studie werden nur 37 % der Kosten durch Fahrkartenverkäufe gedeckt. Ein kostenloser ÖPNV entlastet die Straßen in den Städten, entschärft den dortigen Mangel an Parkplätzen und spart die teuren Fahrkartenautomaten ein. Dies wird bereits in einigen Kommunen erfolgreich praktiziert und soll flächendeckend eingesetzt werden.

**DIE ECHTE  
Perspektive**

für eine  
**Flatrate im ÖPNV**

[www.freiewaehler-nrw.de](http://www.freiewaehler-nrw.de)  
[www.stm-nrw.de](http://www.stm-nrw.de)

**FREIE WÄHLER**  
NRW

\* CLEVER · SPONTAN · UNABHÄNGIG

# Verlässliche Schule für unsere Kinder!



Bildung sehen wir als lebenslangen Prozess, er beginnt mit der Geburt und endet, wenn wir diese Welt wieder verlassen. Große Teile in diesem Prozess sind die Schul- und Ausbildungszeit und das ganze Berufsleben. Zudem ist Bildung die Grundlage einer modernen Gesellschaft und verschafft den Zugang zu Arbeit und Wohlstand.

Wir **FREIE WÄHLER** fordern daher ein optimales Bildungssystem mit größtmöglicher Chancengerechtigkeit. Unser Ziel: Chancengleichheit für alle Kinder und für

alle, die sich weiterbilden wollen. Egal welchen Alters, unabhängig von der sozialen Herkunft und unabhängig vom Einkommen.

Für den Schulbereich sind wir **FREIE WÄHLER** der Überzeugung, dass ein differenziertes und flexibles Schulsystem bei weitem besser ist, als eine Schule für alle. Wir wollen, dass unser Bildungssystem den Lernenden die besten Fördermöglichkeiten für die entsprechenden individuellen Begabungen bietet.

Jeder Mensch ist anders und jeder hat ganz spezielle Fähigkeiten. Alle über einen Kamm zu scheren, würde daher niemandem gerecht werden und niemanden auf Dauer im Leben weiterführen.

Bildung ist aus der Sicht der **FREIEN WÄHLER** ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der alle verbindet und alle betrifft. Zudem haben wir mit der Bildung in unserem rohstoffarmen Land eine Möglichkeit, die Geschicke und den Wohlstand unserer Gesellschaft selber positiv zu beeinflussen.

Damit dies optimal zu Gunsten aller genutzt werden kann, muss das derzeitige Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich hinterfragt und die in den vergangenen Jahren aus unserer Sicht falsch getroffenen politischen Entscheidungen korrigiert werden.

Damit unsere Kinder auch tatsächlich ihren optimalen Bildungsweg finden und dann auch gehen können, sollen die Eltern wertneutral beraten und die Bedingungen für die individuelle Förderung weiter verbessert werden.

Wir **FREIE WÄHLER** wollen eine Brücke schlagen zwischen einem arbeitsmarktbezogenen und einem humanistischen Bildungsideal. Wir stellen die Familie und die Menschen als wichtigstes Glied in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft.

## **Differenziertes und flexibles Schul- und Ausbildungssystem**

Um möglichst allen Anforderungen unserer Gesellschaft und der Menschen, die darin leben, gerecht zu werden, benötigen wir aus Sicht der **FREIEN WÄHLER** ein differenziertes und flexibles Schul- und Ausbildungssystem. Ein Schwerpunkt in Deutschland wie auch in Nordrhein-Westfalen ist das Duale Bildungssystem. Die Kombination von schulischem Wissen mit praktischen Berufskennntnissen ist bis auf ganz wenige Ausnahmen weltweit einzigartig. Und hier besteht auch vielfach die Möglichkeit, im späteren Berufsleben eine weitere Qualifikation, bzw. eine Weiterbildung zu erlangen, wie z.B. das Fach-Abitur.

Mit den derzeitigen Schulformen in Nordrhein-Westfalen haben wir aus Sicht der **FREIEN WÄHLER** bereits alles, was ein differenziertes und flexibles Schul- und Ausbildungssystem benötigt.

# Keine Schalexperimente

Dies zu zerstören und durch eine „Schule für Alle“ mit der damit verbundenen Gleichmacherei zu ersetzen, hätte aus unserer Sicht fatale Folgen für die Zukunft unserer gesamten Gesellschaft.

An den Grundschulen fordern wir als Standard die Schreibschrift.

Denn durch das Weglassen der Schreibschrift und das Einführen einer „Druck-Schrift“ werden weder die motorischen Fähigkeiten der Kinder gefördert, noch die Merkfähigkeit des Geschriebenen gestärkt.

Im Gegenteil: Bei einer Druck-Schrift ist dies kaum bis gar nicht vorhanden. Internationale Studien belegen dies sehr eindeutig.

Weiterhin setzen wir uns für die Beibehaltung der Schulnoten in den Grundschulen ein. Diese sind ein bewährter und guter Vergleichsmaßstab für Schüler, Eltern und Lehrer. Eine Benotung mit einer ausschließlich schriftlichen, subjektiven Beurteilung durch den Lehrer schafft keineswegs mehr Transparenz - im Gegenteil.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Erhalt der bisher in Nordrhein-Westfalen bestehenden Schulformen
- Beibehaltung der differenzierten Lehrerausbildung.
- Beibehaltung der Schulnoten ab Klasse 3 der Grundschule.
- Schreibschrift als Standard an allen Grundschulen.
- Beibehaltung des Zentralabiturs.
- Abschaffung von kostenpflichtigen Ausbildungen

## Mehr Zeit zum Lernen

Die Schule soll aus unserer Sicht nicht nur dafür da sein, um Wissen zu vermitteln. Es soll dort auch das individuelle Können entdeckt und gefördert werden.

Dafür braucht es ausreichend Zeit. Es nützt niemandem in unserer Gesellschaft etwas, wenn unsere Kinder z.B. an vielen Gymnasien in Nordrhein-Westfalen nur noch 8 Jahre Zeit für diese ganzen Entwicklungsprozesse haben.

Auch ein Gymnasialschüler braucht genügend Zeit, das Gelernte zu verinnerlichen und zu vertiefen. Und die ganz wichtige Zeit, um persönlich zu reifen und sich zu entwickeln. Durch das bloße Verordnen per Gesetz wird sich ein Mensch in seiner Persönlichkeit keinesfalls schneller entwickeln!

Der letzte genannte Punkt wird leider oft in den Debatten um G8 oder G9 an den Gymnasien vergessen. Er ist aus Sicht der **FREIE WÄHLER** aber mindestens genauso wichtig, wie die reine Zeit zur Wissensvermittlung. An Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe haben die Schüler in Nordrhein-Westfalen bereits 9 Jahre Zeit zum Lernen und Zeit für die Persönlichkeitsentwicklung.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Mehr Zeit zum Lernen auch an den Gymnasien und beruflichen Gymnasien, deshalb Wahl zwischen G8 und G9.
- Dauerhafter Erhalt der Gymnasien und beruflichen Gymnasien in Nordrhein-Westfalen.

Das Ziel, jeder müsse Abitur machen, lehnen wir **FREIE WÄHLER** ab. Dies würde nicht jedem gerecht werden und es benötigt auch nicht jeder das Abitur, bzw. auch nicht jedes Berufsbild. Aus Sicht der **FREIE WÄHLER** hat jeder Mensch eine ganz spezielle, eine ganz bestimmte Begabung.

Diese gilt es zu entdecken und zu fördern.

# Mehr Lehrer und kleinere Klassen

In Nordrhein-Westfalen liegt die durchschnittliche Unterrichtsversorgung über alle Schularten laut dem Ministerium für Schule und Berufsbildung bei nur 94 %. Würde aber eine fachgenaue Erfassung erfolgen, liegt die tatsächliche Quote der Unterrichtsversorgung bei nur noch 87 %.

Dies bedeutet einen **Unterrichtsausfall von 13 %**. Das sind auf Dauer unhaltbare Zustände.

Um die Unterrichtsinhalte zum Vorteil der Schüler gut vermitteln zu können, benötigen wir auch eine dafür geeignete Klassengröße von max. 25 Schülern.

Eine große Entlastung der Lehrkräfte bei der individuellen Betreuung der Schüler sind Schulsozialarbeiter. Diese sind wichtige Ansprechpartner für Schüler, Eltern und Lehrer bei der Bewältigung schulischer, privater und häuslicher Probleme und Fragen. Gerade wenn beide Elternteile berufstätig sind, Kinder aus bildungsfernen Familien kommen, oder die Zeit fehlt, über aufkommende Probleme, wie beispielsweise Lernschwächen oder Mobbing an Schulen zu sprechen, brauchen die Kinder einen Ansprechpartner. Hier können die Schulsozialarbeiter mit Sachverstand und Einfühlungsvermögen vertrauensvoll Hilfe bieten.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- eine Lehrerreserve, um Ausfälle sofort kompensieren zu können
- eine maximale Klassengröße von 25 Schülern
- mehr Schulsozialarbeiter an den Schulen, in sozialen Brennpunkten in Abstimmung mit dem Schulträger bedarfsorientiert
- größtmögliche Doppelbesetzung mit Lehrern in der Klasse, um auch hier optimale Förderung zu erreichen

## Schulfächer anpassen

Wir **FREIE WÄHLER** setzen uns für die Stärkung sozialer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen ein. Aus diesem Grund fordern wir die Einführung eines eigenständigen Schulfachs Alltags- und Lebensökonomie. Während in vergangenen Generationen hauswirtschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten selbstverständlich in den Familien vermittelt wurden, fehlt heutzutage vielen Heranwachsenden das Wissen für wirtschaftliches und nachhaltiges Handeln. Deswegen benötigen wir ein geschlossenes Konzept, das Kindern in allen Schularten die Möglichkeit gibt, Wissen über Ernährung und Gesundheit, den richtigen Umgang mit Geld und verantwortungsbewussten Konsum durch den sicheren Umgang in und mit sozialen Medien zu erwerben.

Außerdem sprechen wir **FREIE WÄHLER** uns dafür aus, dass neben christlichem Religionsunterricht auch Unterricht anderer Glaubensrichtungen angeboten werden soll, sofern dafür eine Mindestzahl an Schülern vorhanden ist. Dies betrifft insbesondere muslimischen Religionsunterricht.

Wir wollen nicht, dass das Bild junger Menschen von ihrer Religion durch Hassprediger auf Hinterhöfen oder durch von fremden Staaten finanzierte Glaubensgemeinschaften geprägt wird. Hier braucht es an staatlichen deutschen Universitäten ausgebildete Religionslehrer, um die Bildung von Parallelgesellschaften und eine Radikalisierung muslimischer Kinder zu verhindern.

# Erhalt der Schulen im ländlichen Bereich

Die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Bereich ist in den letzten Jahren weiterhin rückläufig.

Ein Grund dafür ist sicherlich, die in vielen Orten immer schwächer werdende Infrastruktur. Ein Kernelement ist für viele Familien eine gute Schulversorgung vor Ort. Damit steht und fällt sehr oft das Schicksal einer ganzen Ortschaft.

Wir brauchen die Schulen im Ort, damit so der ländliche Raum gefördert wird. Viele Kinder im ländlichen Bereich haben einen sehr langen Anfahrtsweg zu ihrer Schule. Da bleibt nach den Fahrzeiten und den Hausaufgaben am Tag nur noch wenig Zeit für soziale Aktivitäten, wie z.B. den Sportverein oder andere Freizeitgestaltung.

Auch in den Städten kommen kleine Schulen am Stadtrand zunehmend in Bedrängnis. Insgesamt ist im Bildungsbereich ein Trend zur Ökonomisierung der Schulversorgung zu erkennen. Es werden immer mehr Schulzentren gebildet und kleinere Standorte werden geschlossen. Dabei wird das pädagogische Argument vorangestellt, man wolle jahrgangsübergreifenden Unterricht auf Grund zu geringer Schülerzahlen verhindern. Davon abgesehen, dass die Verteufelung von jahrgangsübergreifendem Unterricht nicht unsere Unterstützung findet, geht es in der Realität meist um finanzielle Aspekte.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Erhalt der Schulen im ländlichen Raum und in den Randgebieten von Städten. Keine Vorgaben an die Städte und Gemeinden zur Schließung kleiner Standorte
- Unterstützung der Schulträger beim Erhalt der kleinen Schulstandorte durch eine bessere Lehrerversorgung

# Inklusion und Förderzentren

Die UN-Behindertenrechtskonvention sieht vor, dass ein umfassendes Konzept des menschlichen Zusammenlebens angestrebt wird. Es sollen alle dazu gehören und ein Höchstmaß an politischer, sozialer und kultureller Teilhabe erreicht werden.

Das bedeutet, dass kein Mensch wegen seines Geschlechts, seiner religiösen, sozialen oder kulturellen Herkunft, aber auch nicht wegen einer Behinderung von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden darf. Dieses Vorhaben unterstützen wir **FREIE WÄHLER** ausdrücklich.

Es gibt aber weder eine zeitliche Vorgabe, noch eine Vorgabe für eine bestimmte Schulform zur Umsetzung der Inklusion. Ferner sehen wir **FREIE WÄHLER** das Thema ohnehin als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Im Schulwesen nun die Förderzentren zu schließen, stufen wir als schwerwiegenden Fehler ein. Inklusion kann ausschließlich nur mit den Förderzentren funktionieren.

Es ist für die Betroffenen von äußerster Wichtigkeit, auch einen Rückzugsort bei einer Verschlechterung der gesundheitlichen Lage zu haben. Oder, wenn nötig, eine zeitintensive Betreuung zu erhalten.

Lehrer an Förderschulen benötigen für ihre Arbeit ein zehensemestriges Fachstudium der Sozialpädagogik. Förderbedürftige Kinder benötigen teilweise eine 18-Stunden Betreuung pro Tag. In dieser Umgebung wird sich um die Kinder gemessen an ihren Bedürfnissen gekümmert.

An Regelschulen wird dies so in dieser Form niemals möglich sein.

Ferner sind wir dagegen, ohne die nötigen Ressourcen die Inklusion durchführen zu wollen.

Darunter zu leiden hätten alle Kinder, Familien und Schulen.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Erhalt und Ausbau der Förderzentren
- intensivere und engere Zusammenarbeit von Regelschulen und Förderzentren
- Einstellung von sonderpädagogischem und pflegerischem Personal, um die Inklusion an Regelschulen überhaupt verwirklichen zu können.
- keine Inklusionsklassen ohne die nötigen Ressourcen

# Kita, Ganztagschulen, Schulfächer

## Kita- und Ganztags-Schulangebot ausbauen

Wir **FREIE WÄHLER** sind geprägt vom europäischen Welt- und Menschenbild. Die Gemeinschaft aus Eltern und Kindern verdient unseren besonderen Schutz. Sie gilt es, als das Fundament unserer Gesellschaft, besonders zu stärken.

Wir wollen mit unserer Politik Rahmenbedingungen schaffen, um ein familienfreundliches Klima herzustellen. Die Erziehung und Sorge für die heranwachsende Generation sind das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten.

Der Staat soll Mütter, Väter und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unser erklärtes politisches Ziel.

Wir **FREIE WÄHLER** setzen uns deshalb dafür ein, dass insbesondere das Betreuungsangebot für Kinder verbessert wird. Immer mehr Eltern, insbesondere alleinerziehende Mütter und Väter, sind auf ein gut funktionierendes Kita- und Ganztags-Schulangebot angewiesen.

Wer die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst nimmt, der muss dafür sorgen, dass eben diese Angebote ausgebaut werden. Ohne ausreichende Kitaplätze ist es für die Eltern meist kaum möglich, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Gleiches gilt für Ganztagschulen.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- konsequenten Ausbau von Kita- und Ganztagsschulangeboten
- Vorrang von offenen Ganztagschulen vor gebundenen Ganztagschulen

# Keine Schalexperimente

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Einrichtung eines Landesschulgebäundefonds zur sofortigen Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Instandhaltung der Schulgebäude
- Einrichtung eines Landesschultechnikfonds zur sofortigen Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Bereitstellung von neuen Technologien, wie z.B. Aktiv-Boards und Tablets
- finanzielle Vollausrüstung der Hochschulstandorte, um die Unabhängigkeit und Qualität von Forschung, Lehre und Bildung zu sichern
- Rückkehr zu den bewährten Studienabschlüssen und Abkehr vom Bachelor-Master-System darf kein Tabu sein
- weiterhin keine Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen
- ein in Nordrhein-Westfalen erworbener Bachelorabschluss soll zu einem Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz in Deutschland führen
- eine abgeschlossene Berufsausbildung und mindestens 3 Jahre Berufspraxis sollen als Studienvoraussetzung anerkannt werden
- den Ausbau finanzieller Förderungen für Erwachsenenbildung und Weiterbildung

# Wohnortnahe Pflege und Gesundheitsvorsorge

Der Ärztemangel auf dem Land muss gestoppt werden.

Wir **FREIE WÄHLER** wollen eine wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung in ganz Nordrhein-Westfalen erhalten.

Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden, damit kein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land entsteht. Eine Versorgungslücke kann nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten verhindert werden.

Wir **FREIE WÄHLER** wollen den Ärztemangel besonders auf dem Land bekämpfen, indem wir die Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte vor Ort verbessern.

Wir **FREIE WÄHLER** wollen öffentliche Krankenhäuser im uneingeschränkten Umfang erhalten, damit die Krankenhausversorgung in NRW nicht noch weiter in die Hand der gewinnorientierten Gesundheitswirtschaft fällt.

Ebenso wollen wir Einrichtungen gemeinnütziger Träger erhalten.

Eine weitere Privatisierung von Krankenhausbetrieben lehnen wir ab. Ebenso stehen wir für eine flächendeckende Versorgung mit Geburtsstationen.

Wir **FREIE WÄHLER** fordern zudem eine angemessene Finanzierung von Bereitschaftsärzten. Das Land braucht eine flächendeckende und funktionierende Bereitschaftsarztversorgung. Weiße Flecken auf der Landkarte gefährden das Leben unserer Bürger. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass ein Bereitschaftsarzt immer dann zur Stelle ist, wenn er gebraucht wird.

Um dem sich abzeichnenden Ärztemangel, insbesondere in ländlichen Regionen, entgegen zu wirken, müssen wir engagierte junge Menschen für den Arztberuf auf dem Land interessieren. Es muss gelingen, die Bewerberauswahl derart durchzuführen, dass gerade diejenigen Studienplätze erhalten, die sich auch tatsächlich später als Arzt niederlassen möchten.

Das bedeutet, dass Kriterien wie eine abgeschlossene Berufsausbildung, beispielsweise als Krankenschwester oder Rettungssanitäter, stärker ins Gewicht fallen müssen.

Wenn die Anzahl der Studienabsolventen steigt, die auch tatsächlich Arzt werden wollen, nimmt auch die Chance zu, dass sie sich im ländlichen Raum niederlassen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss aber auch über den Ausbau finanzieller Anreize für die Niederlassung von Ärzten auf dem Land nachgedacht werden.

Im Bereich der Altenpflege fordern wir eine stärkere finanzielle Unterstützung von pflegenden Angehörigen, um den zu Pflegenden den Verbleib in der eigenen Wohnung zu ermöglichen.

Der Pflegeberuf der Altenpfleger muss ohne Wenn und Aber mit dem Krankenpflegeberuf gleichgestellt werden. Dazu braucht es nicht die angestrebte Generalisierung der Pflegeausbildung. Auch hier muss eine der Leistung entsprechende Entlohnung der Pflegekräfte sichergestellt werden. Um dies zu erreichen, streben wir eine Lösung an, die eine Entlohnung von Verwaltungskräften in Kranken- und Pflegeeinrichtungen über dem Niveau der examinierten Pflegekräfte nicht zulässt.

Im Bereich der stationären Altenpflege wollen wir **FREIE WÄHLER** erreichen, dass Pflegeeinrichtungen der öffentlichen Hand und der gemeinnützigen Träger erhalten bleiben können. Die Städte und Gemeinden sind dazu ausreichend finanziell auszustatten.

Insgesamt setzen wir auf eine Trägervielfalt aus privaten, gemeinnützigen und öffentlichen Trägern, wobei private Träger auch das Lohnniveau der öffentlichen Träger sicherstellen müssen. Es gilt eine würdevolle Pflege für die älteren Mitbürger zu gewährleisten, die mit ihrer Lebensleistung zu unserem Wohlstand beigetragen haben.

Wir unterstützen das Mehrgenerationen-Wohnen in Nordrhein-Westfalen und wollen dieses Modell in den kommenden Jahren weiter stärken.

# Schaffung von bezahlbarem Wohnraum



In Nordrhein-Westfalen wird zu wenig gebaut, und wenn gebaut wird, im oberen Preissegment.

Stattdessen sind vor allem mehr bezahlbare Mietwohnungen notwendig, insbesondere im mittleren und unteren Bereich.

Da der Markt in diesem Segment vollständig versagt, muss der Staat in Zukunft vor allem mehr finanzielle Anreize für Investoren schaffen.

Die Förderbedingungen für Vermieter reichen bei weitem nicht aus, um der wachsenden Nachfrage bezahlbaren Wohnraums im Land gerecht zu werden.

Aber nicht nur beim Wohnungsbau sondern auch bei der Mietpreisbremse besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Die Städte und Gemeinden sollen eine Mietpreisbremse einführen dürfen. Eine landesweite Mietpreisbremse lehnen wir ab. Wir wollen die Städte und Gemeinden dabei unterstützen, ihre noch in öffentlicher Hand befindlichen Wohnungsgesellschaften zu halten.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Investitionsförderung für den sozialen Wohnungsbau
- Praxisgerechte Mietpreisbremse auf lokaler Ebene
- Änderung des Mietwucherparagrafen

# Umwelt- und Tierschutz

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen.

Wir **FREIE WÄHLER** wollen die Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Wir sind uns unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen bewusst. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der Bürger vor Ort und muss bis in die internationale Politik hinein verfolgt werden.



## Naturschutz vor Windkraft

Wir **FREIE WÄHLER** setzen uns dafür ein, den Naturschutz vor den Bau neuer Windkraftanlagen zu stellen.

Die Verspargelung der Landschaft ist bereits heute kaum noch für die betroffenen Menschen und Tiere zu ertragen.

Offshore-Windparks greifen nicht annähernd so intensiv in die Lebensräume ein.

Die Verbrennung von Müll findet nicht nur in den Müllverbrennungsanlagen, sondern auch zur Energiegewinnung in Industrieanlagen statt.

Wir wollen, dass die vorgeschriebenen Emissionswerte für Müllverbrennungsanlagen auch für Industrieanlagen gelten müssen, in denen Müll zur Energiegewinnung verbrannt wird.

Die Industrie muss dann vorhandene moderne Filtertechnik einbauen, um den Ausstoß von Schadstoffen wie z.B. Quecksilber zu minimieren. Quecksilber lagert sich in der Umgebung der Anlagen ab und stellt eine Gefahr für Umwelt, Landwirtschaft und Menschen dar.

# Umwelt- und Tierschutz



Tierschutz hat für uns **FREIE WÄHLER** einen hohen Stellenwert.

Deswegen wollen wir die gravierenden Fehlentwicklungen an den Schlachthöfen stoppen. Dort kommt es zu immer mehr Fehlbetäubungen, die zu erheblichen Qualen der Tiere führen. Sie sind Folge des Zeitdrucks und des Akkordlohnmodells. Diese ausbeuterischen und menschenverachtenden Akkordlohnmodelle müssen ebenso wie Fehlbetäubungen der Tiere verhindert werden.

Ein Verbandsklagerecht im Tierschutz lehnen wir **FREIE WÄHLER** ab. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen

zur Gewährleistung des Tierschutzes in Deutschland reichen aus. Jeder Bürger hat das Recht, Anzeige zu erstatten, wenn er Verstöße feststellt. Entscheidend ist die tatsächliche Verfolgung durch die zuständigen Behörden. Ein generelles Wildtierverbot im Zirkus lehnen wir **FREIE WÄHLER** ab. Stattdessen fordern wir strenge Richtlinien und regelmäßige Kontrollen, um das Wohlergehen der Zirkustiere sicherzustellen.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- die Bewahrung unserer heimischen Natur- und Kulturräume durch ihre nachhaltige Weiterentwicklung
- Einführung regelmäßiger Nachhaltigkeitsberichte bei allen Ministerien.
- den grundsätzlichen Verzicht auf genveränderte Lebens- und Futtermittel sowie Saatgut
- Emissionswerte für Müllverbrennungsanlagen müssen auch für andere müllverbrennende Industrieanlagen gelten
- Förderung von klein- und mittelständischen Schlachthöfen und Fleischereien und ein Verbot von Akkordlöhnen für die Arbeit in Schlachthöfen
- Aufklärung der breiten Bevölkerung über die Rechte des einzelnen Bürgers im Bereich des Tierschutzes anstatt eines aufwändigen Verbandsklagerechts für eine kleine Anzahl von Funktionären
- Stopp der Bundesratsinitiative zum generellen Wildtierverbot in Zirkussen, dafür bessere Kontrollen von Zirkusbetrieben
- Schaffung eines bienenfreundlichen Nordrhein-Westfalens, da ein Großteil der Nahrungsmittelproduktion auf der Welt von der Biene abhängig ist

# Energie

Die Energiewende und der wachsende europäische Energiehandel stellen die deutschen Strom- und Gasnetze vor große Herausforderungen.

Die Sicherheit der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität und Gas ist hierbei das zentrale Ziel. Dazu müssen Strom- und Gasnetze in der Lage sein, ihre Transportaufgaben zu erfüllen.

Weiterhin notwendig sind ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Deckung des prognostizierten Energiekonsums. Ausschlaggebend sind belastbare Netzstabilitäts-Regelungsmechanismen, die auch dann die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn sich Einspeisungen in und Entnahmen aus dem Netz nicht die Waage halten.

Zudem müssen die Netze hinreichend gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein. Eine angemessene Dezentralisierung der Energiegewinnung dient ebenfalls der Versorgungssicherheit.

Nicht zu vergessen: das Energiesparen ist eine der effektivsten Methoden bei der Lösung des Energieproblems. Es mindert den Ressourcenverbrauch und verhindert Energieverschwendung.

## Ausbau der dezentralen Energiegewinnung

Das Jahrhundertprojekt Energiewende wird nur mit einer verlässlichen und durchdachten Energiepolitik gelingen. Energieversorgung und Klimaschutz sind zentrale Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft. Eine regionale, effiziente und für alle bezahlbare Versorgung durch erneuerbare Energien sowie nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen sind uns ein besonderes Anliegen. Wir **FREIE WÄHLER** fordern, insbesondere die Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien ambitioniert zu unterstützen. Wir treten daher für einen effizienten und umweltschonenden Ausbau der erneuerbaren

Energien ein. Wir **FREIE WÄHLER** wollen die Bürger und die kommunale Ebene dabei einbinden, damit die Energieerzeugung ein lokaler Wirtschaftsfaktor wird.

Wir **FREIE WÄHLER** erachten eine Dezentralisierung der Energiegewinnung für wichtig. Sie vermeidet Leitungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze und bietet Städten und Gemeinden eine Chance, durch regionale Stadtwerke an der Wertschöpfung teilzuhaben. Dennoch sollen Windkraftanlagen an geeigneten Standorten konzentriert werden, um ein weiteres Zerreißen gewohnter Landschaftsbilder zu vermeiden.

Wir **FREIE WÄHLER** treten für effiziente Maßnahmen zur Energieeinsparung, die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung und flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung ein. Die verbrauchsnahe Erzeugung soll durch einen sinnvollen Energiemix gestaltet werden.

# Elektromobilität

## Elektromobilität voranbringen

Elektrofahrzeuge sind gerade in städtischen Regionen eine hervorragende Alternative zu herkömmlichen PKW und LKW, um Treibhausgas- und Feinstaubemissionen einzusparen. Die gesetzten Klimaschutzziele können jedoch nur erreicht werden, wenn regenerativ erzeugte Energie auch dazu verwendet wird, Elektromobilität zu ermöglichen.

Um das Ziel der Bundesregierung, innerhalb der nächsten zehn Jahre Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu entwickeln, erreichen zu können, bedarf es aber noch erheblicher Anstrengungen zur Einführung und Förderung der Elektromobilität in Nordrhein-Westfalen.

Wir **FREIE WÄHLER** verstehen Elektromobilität und Wasserstoffantriebe, die es bereits serienreif gibt, als eine Lösung für die Zukunft der Mobilität.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- den Ausbau des Tankstellennetzes für Elektrofahrzeuge nach einem Stufenplan (1. Stadt/Gemeinden, 2. Umgebung, 3. Land oder Weistrecken). Der Ausbau des Tankstellennetzes kann auf öffentlichen Parkplätzen, in Parkhäusern und an Carsharing-Plätzen erfolgen
- einheitliche Standards für Ladestationen incl. der Schnellademöglichkeiten
- eine konsequente Förderung von Forschung und Entwicklung zur Elektromobilität
- Die Landesregierung soll eine Vorbildfunktion bei der E-Mobilität einnehmen. Die Dienstwagen der Minister sollen sukzessive auf Elektrofahrzeuge umgestellt werden.

# DIE ECHETE Perspektive

im Stauland NRW

[www.freiewaehlernrw.de](http://www.freiewaehlernrw.de)  
[www.nrw-wahl-2017.de](http://www.nrw-wahl-2017.de)



**FREIE WAHLER**  
NRW\*

\* **CLEVER · SPONTAN · UNABHÄNGIG**

# Finanzen



Die rot-grüne Landesregierung erhöht nicht nur die Verschuldung des Landes sondern lädt die Lasten der ohnehin massiv unterfinanzierten kommunalen Ebene in Nordrhein-Westfalen auf.

Den Städten und Gemeinden werden die Spielräume für eigene Investitionen und Gestaltung immer mehr eingeschränkt. Zeitgleich werden mehr Aufgaben von Bund und Land ohne entsprechende Finanzierung auf die kommunale Ebene übertragen.

Auch die steigenden Kosten im gesamten Sozialbereich treffen die Kommunen in voller Härte und ohne die Möglichkeit, sich zu entlasten. In der Folge nimmt die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden immer bedrohlichere Ausmaße an - trotz harten Sparkurses der Verwaltungen: Gebühren werden erhöht, Theater und Schwimmbäder geschlossen, städtisches Eigentum veräußert, freiwillige Leistungen eingefroren.

Diese verfehlte Politik bekommt der einzelne Bürger über Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen zu spüren. Während die rot-grüne Landesregierung sich einer sparsamen Haushaltsführung rühmt, müssen die Kommunalpolitiker vor Ort die handfesten Folgen rechtfertigen.

**FREIE WÄHLER** haben in ganz Deutschland in vielen Gemeinden, Kreisen und Städten den sparsamen und überlegten Umgang mit öffentlichen Geldern praktisch bewiesen. Wir **FREIE WÄHLER** wollen im Landtag dafür sorgen, den einzelnen Städten und Gemeinden wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume zu verschaffen und eine neue Ehrlichkeit in die Haushaltspolitik einbringen. Hierzu bedarf es der Änderung der Strukturen der kommunalen Finanzkontrolle, die im Rahmen des Grundgesetzes gesetzlich bereits verankert sind. Es bedarf weiterer gesetzlichen Regelungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Zu dieser neuen Ehrlichkeit gehört es zu analysieren, was in NRW beim Umgang mit Steuergeld schief läuft. Es ist die hohe Verschuldung in den Kommunen! Geld fehlt an allen Ecken und Enden, obwohl die Steuerquellen des Bundes im Überfluss sprudeln.

Eine solide Finanzpolitik ist untrennbar mit einer ordnungsgemäßen Kontrolle der Steuergelder verbunden. Diese erfolgt einerseits als demokratische Kontrolle durch die Parlamente. Eine nicht minder entscheidende Rolle spielen der gemäß Verfassung von NRW gebildete Landesrechnungshof, die gemäß Gemeindeordnung NRW gebildete Gemeindeprüfungsanstalt sowie die Rechnungsprüfungsämter in den kreisfreien Städten, großen und mittleren kreisangehörigen Städten.

Ein Landesrechnungshof, auch als Ritter ohne Schwert bezeichnet, der also über keine Sanktionsrechte verfügt, ist unwirksam.

Ein Rechnungshof, der in den Leitungspositionen (bis auf Referatsleiter-ebene) fast ausschließlich mit Juristen besetzt ist - also nicht mit hochqualifizierten Finanzrevisoren, lässt erhebliche Zweifel an der erforderlichen Fachkompetenz zur ordnungsgemäßen Kontrolle der Steuergelder aufkommen.

Mahnende, aktuelle, unstrittige Beispiele für das Versagen der Rechnungshöfe sind der Flughafen Berlin / Brandenburg, Stuttgart 21, die Hamburger Elbphilharmonie. Diese Aufzählung könnte um eine Vielzahl von Beispielen aus jedem Bundesland ergänzt werden. Auch der Landesrechnungshof NRW hat sich längst zu einer politischen Behörde entwickelt. Wichtig zu wissen: Die Bildung von Rechnungshöfen ist im Grundgesetz nicht vorgeschrieben. Es ist festgelegt, dass die Bundesländer die Finanzhoheit haben. Im Rahmen dieser Finanzhoheit können sie über die Struktur der kommunalen Finanzkontrolle eigenständig entscheiden. Ein Rechnungshof ist demnach keine Pflicht!

Die Rechnungsprüfungsämter in NRW sind, wie in allen anderen Bundesländern, Bestandteil der Verwaltungen. Eine unabhängige Prüfung ist so kaum möglich.

Die Realitäten in den Verwaltungen der Gebietskörperschaften und deren Beteiligungen erfordern ein Prüfungswesen, das den Status des hilflosen Betrachters verlassen muss. Sie erfordern dringend ein reformiertes - also ein neutrales, fortschrittliches, wirtschaftliches und wirksames - kommunales Prüfungswesen. Ein solches Prüfungswesen wäre in der Lage, einen enormen Beitrag zum wesentlich sparsameren und wirtschaftlicheren Umgang mit Steuergeld zu gewährleisten.

So gelangen die Kommunen zurück in die Wirtschaftlichkeit!

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Entschuldung der Städte und Gemeinden durch Bündelung aller kommunalen Schulden beim Land.
- eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs mit dem Ziel, der kommunalen Ebene auch tatsächlich eine angemessene Finanzausstattung zu sichern. Sparsame Kreise dürfen dabei nicht durch eine Reduzierung der Zuweisungen bestraft werden. Die Großstädte an Rhein und Ruhr sollen ihren Aufgaben gerecht werden, aber nicht durch eine vierfache Pro-Kopf-Zuweisung wie bisher gegenüber der Landbevölkerung.
- den Verbleib eines größeren Teils der aus dem gesamten Steueraufkommen resultierenden Einnahmen des Landes auf der kommunalen Ebene.
- die strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen: Bund und Länder dürfen keine Normen setzen, die die Städte und Gemeinden zu höheren Ausgaben zwingen, ohne diese vollständig ersetzt zu bekommen
- die Entlastung der Städte und Gemeinden durch eine Verteilung der Sozialkosten auf Bund, Länder und Gemeinden durch ein faires Bundesleistungsgesetz
- Ein striktes Handeln des Landes nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.
- Ordnungsgemäße Verwendung von Haushaltsmitteln
- Neue Gestaltung des Prüfungswesens

# Wirtschaft, Arbeit und Soziales

Wir betrachten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht getrennt voneinander. Nur durch ein enges Zusammenspiel dieser drei Politikfelder kann eine Gesellschaft erreicht werden, in der eine Vollzeitbeschäftigung dafür ausreicht, um den eigenen Lebensunterhalt angemessen bestreiten zu können.

Wer Vollzeit arbeitet, muss so viel verdienen, dass er keine staatliche Hilfe in Anspruch nehmen muss. Früher wurde dieses Ideal in Deutschland verwirklicht, heute hat die Realität groteske Züge angenommen. Häufig müssen auch in Vollzeit arbeitende Menschen zusätzlich Sozialleistungen beziehen. Sogar immer mehr Selbstständige müssen ergänzend Arbeitslosengeld II beantragen.

Als Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft setzen wir **FREIE WÄHLER** auf den Wettbewerb, auf die Tarifautonomie und das Leistungsprinzip. Der Schutz des Eigentums und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit genießen für uns einen hohen Stellenwert. Gleichzeitig unterstreichen wir die Bedeutung des Mittelstands für Nordrhein-Westfalen. Um die unternehmerische Freiheit auch künftig sicherzustellen, muss die Wirtschaft von übermäßigen Belastungen befreit werden.

Wir **FREIE WÄHLER** sind uns der herausragenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für unser Gemeinwohl bewusst. Forschung generiert Innovationen und Fortschritt und bietet Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme sowie Möglichkeiten der Orientierung bei ethischen Fragestellungen. Wir erkennen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung an. Diese findet ihre Grenzen aber da, wo die Würde des Menschen berührt wird.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Eine Entlastung der Unternehmen von überflüssiger Bürokratie, zum Beispiel bei Zuschüssen und bei Genehmigungsverfahren
- Die Vereinfachung des Vergabeverfahrens im Bereich des öffentlichen Auftragswesens, damit die Zahl der einzureichenden Dokumente möglichst gering gehalten wird
- Die Vermeidung unnötiger Erschwernisse bei der unternehmerischen Kreditmittelbeschaffung
- Den uneingeschränkten Erhalt unseres Bargeldes
- Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründer
- Eine stärkere Unterstützung der Unternehmen im Innovationswettbewerb, vor allem im Bereich Elektromobilität, Erneuerbare Energien, Speichertechnologie und Biotechnologie
- Planungssicherheit für den wissenschaftlichen Nachwuchs, strukturierte Förderprogramme sowie eine Bezahlung, die mit den Gehältern an ausländischen Forschungszentren bzw. in der freien Wirtschaft konkurrieren kann
- Keine Verdrängung der Forschungsfreiheit durch materielles Gewinnstreben
- Geschlechtergerechtigkeit im Beruf: Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden
- Dezentralisierung der Sozialpolitik des Landes zu Gunsten der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, damit diese soziale Gerechtigkeit vor Ort wirkungsvoller gestalten können. Sie kann nicht überregional verordnet werden, da die Kosten für Lebensunterhalt und die Teilhabe am öffentlichen Leben in den verschiedenen Regionen in Nordrhein-Westfalen zu unterschiedlich sind.
- Die stärkere Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsalltag
- Faire Arbeitsbedingungen und angemessene Entlohnung für Praktikanten

# Wasser-, Land- und Forstwirtschaft

Bei einer Privatisierung der Wasserversorgung wittern internationale Konzerne das große Geschäft. Der Wasserpreis wird erhöht, die Managergehälter steigen, am Leitungsnetz wird gespart, die Wasserqualität sinkt.

Dies ist keine Zielvorstellung der **FREIE WÄHLER**.

Deshalb sagen wir: Die Wasserversorgung gehört zur Daseinsvorsorge und muss in kommunaler Verantwortung bleiben – ohne Bevormundung durch die Europäische Union. In vielen Ländern, z. B. in Großbritannien, und auch in deutschen Städten wie Berlin und Potsdam hat die Privatisierung der Wasserversorgung zu Verschlechterungen geführt. Die Wasserpreise für Bürger sind gestiegen und große Gewinne der Konzerne stehen neben einer mangelnden Versorgungssicherheit für die Menschen. Doch der Mensch muss im Mittelpunkt der Politik stehen – nicht die Interessen Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Deshalb sind wir **FREIE WÄHLER** gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Bahn, Verkehrsnetze oder Müllentsorgung. Es hat sich gezeigt, dass nach der Privatisierung dieser Bereiche langfristig die Kosten bzw. Abgaben enorm steigen, während die Qualität sinkt.

Eine große Bedrohung für das Grundwasser sehen wir in jeder Form von Fracking in Nordrhein-Westfalen. Wir **FREIE WÄHLER** stehen für ein konsequentes Verbot des Fracking – ohne Ausnahmen. Die Gefahren dieser Technik stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Gesellschaft.

Wir **FREIE WÄHLER** halten eine eigentumsorientierte, gesunde Land- und Forstwirtschaft für die Grundvoraussetzung eines lebensfähigen und lebenswerten ländlichen Raums, der Heimat bietet. Land- und Forstwirtschaft mit all ihren Bereichen stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben.

Bis hin zum Tourismus bietet die Land- und Forstwirtschaft auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Wir **FREIE WÄHLER** stehen für Planungssicherheit und somit für eine gesicherte Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- den Erhalt einer flächendeckenden und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und die Stärkung der Familienbetriebe
- eine Steigerung der Wertschöpfung in der Region durch den Absatz regionaler Qualitätsprodukte
- optimierte Vermarktungsstrukturen, um die Bauern innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken
- flexibel einsetzbare Marktordnungselemente, um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können
- eine Anpassung der EU-Biopatentrichtlinie, um Patente auf Tiere und Pflanzen zu unterbinden
- eine höhere regionale Flexibilität bei Ausgestaltung der EU–Agrarpolitik
- die Schaffung weiterer Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen, in enger Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort
- Erhalt von mindestens 10% Naturwaldanteil in Nordrhein-Westfalen
- den Erhalt des Revierjagdsystems
- die Beibehaltung des Jagdrechts ohne ideologische Beschränkungen

# Bürgernähe und Identität

## Öffentlicher Dienst

Eine effiziente, unbestechliche Verwaltung bringt Standortvorteile im weltweiten Wettbewerb. Voraussetzung dafür ist eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Sachmitteln und mit gut ausgebildetem, motiviertem Personal. Deshalb muss der öffentliche Dienst attraktiv bleiben.

Wir **FREIE WÄHLER** bekennen uns ausdrücklich zum Berufsbeamtentum. Gleichzeitig wollen wir aber Staatsaufgaben kritisch hinterfragen und Bürokratie abbauen. Der sparsame Umgang mit den Steuergeldern der Bürger ist Hauptaufgabe von Politik und Verwaltung. Ein Stellenabbau ohne Aufgabenkritik würde aber zur Überlastung der Verwaltung führen - und damit nicht zu mehr Effizienz. Wir sind dafür, EU-Recht umzusetzen, aber nicht mit zusätzlichen Vorgaben aus Berlin und noch weiteren für NRW.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- Eine bürgerfreundliche und bürgernahe Verwaltung, also auch den Erhalt wichtiger Behörden vor Ort
- Größtmögliche Transparenz für den Bürger
- Den sinnvollen Einsatz von E-Government-Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren
- Keine dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse in ihren Kernbereichen auf private Unternehmen. Private Sicherheitsdienste in Justizgebäuden ausschließen
- Eine mit der Wirtschaft konkurrenzfähige Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten und die Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen
- Eine Frauenquote lehnen wir im öffentlichen Dienst, wie auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen ab. Das Geschlecht darf keine Rolle bei der Einstellung haben – weder positiv, noch negativ

## **Kulturelle Vielfalt**

Sie ist ein Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen.

Wir **FREIE WÄHLER** wollen Kunst und Kultur aktiv pflegen und fördern.

Damit sollen Tradition und Brauchtum bewahrt und die geistigen Werte des Landes auch für nachfolgende Generationen gesichert werden. Dazu gehören für uns der Erhalt und die Pflege von Baudenkmalern sowie die Förderung von Museen und Galerien, Theater und Kino. Orchester und Musikvereine sind für uns genauso wichtig wie Bibliotheken und Archive.

Auch im kulturellen Leben kommt für uns der kommunalen Ebene eine tragende Rolle zu: Dort spielt sich das kulturelle Leben ab.

Wir **FREIEN WÄHLER** wollen deshalb Fördermittel möglichst dezentral und gerecht verteilen, damit sie allen zugutekommen. Gleichwertige Lebensbedingungen bedeutet für uns auch, das kulturelle Angebot im ländlichen Raum zu stärken. Nur so kann die kulturelle Vielfalt als Markenzeichen unseres Heimatlandes in den einzelnen Regionen erhalten und gestärkt werden.

Wir **FREIE WÄHLER** in Nordrhein-Westfalen wollen unser Land weltoffen und liberal erhalten. Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von religiösen, nationalen und sexuellen Minderheiten haben an Rhein und Ruhr keinen Platz. Für uns sind alle Bürger in Nordrhein-Westfalen gleich an Rechten und Pflichten.

Zur Teilnahme an einer weltoffenen und liberalen Gesellschaft gehört jedoch, Gesicht zu zeigen. Wir sprechen uns gegen eine Verschleierung von Gesicht und Körper aus. Sie verhindert soziale Interaktion und grenzt aus.



Geschäftsstelle NRW

Jubachweg 1

44287 Dortmund

0231 – 94 80 44 20

info@freiewaehlernrw.de

www.freiewaehlernrw.de

www.nrw-wahl-2017.de



**Mitwirkende an der Programmgestaltung:**

Christa Hudyma, Hartmut Kaltenbach, Joachim Orth,  
Hans-Joachim Grumbach, Helmut Stalz

Wir danken der LV FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz,  
LV FREIE WÄHLER Bayern und LV FREIE WÄHLER Schleswig-  
Holstein für ihre Unterstützung!

Die verwendeten Bezeichnungen (z.B. Mitglieder) werden  
geschlechtsunspezifisch verwendet. Dies erfolgt aus Gründen  
der Lesbarkeit und beinhaltet weder Ausschluss noch Wertung.